



Herrn  
Oberbürgermeister  
Uwe Richrath  
Friedrich-Ebert-Platz 1

51373 Leverkusen

25. April 2017

## Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte setzen Sie den nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der zuständigen Gremien:

Die Verwaltung verstärkt ihre Bemühungen zur Verbesserung der Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in Tagespflegestellen. Sie verfolgt dabei die folgenden Ziele bzw. berücksichtigt die folgenden Aspekte:

1. Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ist in Leverkusen für alle Kinder gewährleistet.
2. Eltern bekommen einen Betreuungsplatz in ihrem Stadtteil oder zumindest in einem benachbarten Stadtteil.
3. Eltern bekommen nach Möglichkeit das von ihnen gewünschte Stundenkontingent zur Betreuung ihrer Kinder. Dabei sind die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und das Wohl der Kinder die zentralen Kriterien.
4. Tagespflegestellen leisten einen erheblichen Anteil, wenn es um die Versorgung mit Betreuungsplätzen besonders beim Angebot flexibler Stundenkontingente geht. Dies soll auch in Zukunft so bleiben. Es ist zu prüfen, ob auch durch eine weitere Flexibilität der Öffnungszeiten in Kindergärten eine Verbesserung erreicht werden kann.

5. Die Kindertageseinrichtungen arbeiten mit einem Konzept, welches dem Elternwillen und den Interessen der Kinder entspricht und die Bedarfe von Erziehern und Erzieherinnen - insbesondere in pädagogischer Hinsicht - angemessen berücksichtigt.
6. Hinsichtlich einer – wie in vielen anderen Kommunen des Landes auch - fehlenden finanziellen Förderung von Neu- oder Ersatzbauten von Kindertageseinrichtungen sowie Problemen der Personalgewinnung, die der Erreichung der vorgenannten Ziele entgegenstehen, setzt sich die Verwaltung bei der Landesregierung dafür ein, dass zeitnah Fördermöglichkeiten geschaffen werden und bessere Rahmenbedingungen für die Ausbildung und Ausübung von der Betreuung von Kindern dienenden Berufen geschaffen werden. Die Stadt Leverkusen beauftragt ihre Verhandlungsführer bei Tarifverhandlungen, sich für eine Aufwertung des ErzieherInnenberufs einzusetzen.
7. Es wird geprüft, ob die derzeit bestehende Arbeitsgruppe aus den Fachbereichen Kinder/Jugend und Planen/Bauen um weitere Fachbereiche ergänzt werden sollte.

#### **Begründung:**

##### Zu 1. bis 4.:

Die Versorgungssituation mit Kita-Plätzen ist in diesem Jahr gegenüber den Vorjahren angespannter, da die Anzahl der Kinder in Leverkusen mit Anspruch auf einen Kita-Platz deutlich gestiegen ist. Ob in Leverkusen tatsächlich Kinder keinen Kindergartenplatz erhalten können, kann heute noch nicht endgültig beantwortet werden.

Dieses Problem besteht nicht nur in Leverkusen, sondern in vielen Kommunen insbesondere im Land Nordrhein-Westfalen. Auch wenn es sich nicht um ein „hausgemachtes“ Problem handelt, besteht Handlungsbedarf auf kommunaler sowie auf Landesebene.

Für ein familienfreundliches Leverkusen mit funktionierender Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen reicht es nicht aus, den rein rechtlichen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz zu gewährleisten. Dabei soll auch auf Nachweis dem Wunsch nach dem Betreuungsumfang gefolgt werden, so dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und das Wohl der Kinder die entscheidenden Kriterien sind. Nach unserer Meinung sollte eine Versorgung der Kinder primär im unmittelbaren Wohnumfeld erfolgen. Wenn Eltern jedoch eine Versorgung im Umfeld ihrer Arbeitsstätte wünschen, sollte auch dieses Berücksichtigung finden können.

Das Angebot eines Stundenkontingents „35 Stunden – geteilt“, welches insbesondere in alten Kindertageseinrichtungen ohne Küche angeboten wird, ist für Alleinerziehende und „Doppelverdiener“ nicht attraktiv, da das Kind bereits gegen Mittag wieder aus der Einrichtung abgeholt werden muss und erst am frühen Nachmittag wieder die Möglichkeit einer Betreuung besteht. Demgegenüber ist es Eltern, bei denen ein Elternteil für die Erziehung der Kinder zu Hause bleibt, nicht möglich, ein Stundenkontingent „25 Stunden“ zu buchen. Das Modell wird zwar im Vor-merckverfahren angeboten, faktisch steht aber nicht ein Platz zur Verfügung, da das Modell für die Einrichtungen finanziell unwirtschaftlich ist.

Die Verwaltung als auch die Landesregierung muss hier Möglichkeiten schaffen, um den Anteil von Stundenkontingenten „45 Stunden“ sowie „35 Stunden en bloc“ zu erhöhen und um ein „25-Stunden-Modell“ zumindest anzubieten. Die Verwaltung sollte darüber hinaus prüfen, ob man Alleinerziehenden und „Doppelverdienern“ aufgrund der nachgewiesenen Notwendigkeit einer Betreuung bevorzugt 45- bzw. 35-Stunden-Plätze en bloc anbieten kann.

Die Zusicherung eines Platzes in der „Wunschkita“ wird jedoch auch weiterhin in einigen Fällen nicht möglich sein. Um diesen Anspruch umzusetzen, müssten Kitaplätze über den tatsächlichen Bedarf hinaus geschaffen werden. Dies würde dazu führen, dass Kitas nicht voll belegt wären.

Die weitere Schaffung von Tagespflegeeinrichtungen und Gewinnung weiterer Tagesmütter hat in diesem Zusammenhang besondere Bedeutung. Schon beim Ausbau der Betreuung unter Dreijähriger haben Tageseinrichtungen wesentlich dazu beigetragen, dass der Betreuungsanspruch gewährleistet werden konnte. Tagespflegeeinrichtungen können schneller geschaffen werden als Kindertageseinrichtungen. Zudem bieten Tagespflegestellen in Sachen Betreuung eine gegenüber Kindertageseinrichtungen gleichwertige Qualität und flexiblere Stundenmodelle an.

Die Forderung nach Neubauten von Kindertageseinrichtungen (z. B. auf dem Gelände des ehemaligen Freibades „Aermühle“) ist zwingend mit einer gesicherten Finanzierung und personellen Ausstattung verknüpft. Ausgebildete ErzieherInnen sind auf dem Arbeitsmarkt kaum noch zu finden. Die Ausbildung zum Erzieher/zur Erzieherin ist wenig attraktiv, weil die Ausbildung als Weiterführung der Schulzeit klassifiziert und infolge dessen keine Ausbildungsvergütung gezahlt wird (erst im Anerkennungsjahr erfolgt eine Entlohnung).

Mögliche Maßnahmen zur Verbesserung der Personalsituation auf kommunaler Ebene könnten sein:

- Mitarbeitende in Erziehungsurlaub und Teilzeit anschreiben, flexible Arbeitsmodelle in Kitas anbieten und so zum Wiedereintritt in den Beruf oder zur Aufstockung von Stunden
- Mitarbeitende im Ruhestand anschreiben und ins Berufsleben zurückholen
- Mehr Tagesmütter für Tagespflegestellen gewinnen und ausbilden

#### Zu 5.:

Das sog. offene Konzept hat viel Verwirrung und Misstrauen bei Eltern und Mitarbeitenden in städtischen Kindertageseinrichtungen ausgelöst. Die politischen Gremien haben einen Weg beschlossen, wie wir das Thema weiterverfolgen. Die Verwaltung muss im weiteren Verfahren für Transparenz bei der Durchführung von Befragungen bei Mitarbeitenden und bei Eltern sorgen und mögliche Folgen deutlich machen.

Bei der Bestimmung der Konzeption einer Einrichtung gibt es die folgende Beteiligten: Eltern/Kinder, Beschäftigte und Arbeitgeber (bestehend aus dem Jugendamt, also Verwaltung und Politik). Diese Vielfalt macht eine Entscheidung schwierig. Hinzu kommt, dass die Eltern/Kinder in einer Einrichtung häufig wechseln, das Personal einer Einrichtung manchmal auch. Eine Konzeption kann aber nicht häufig fundamental verändert werden.

Insgesamt sollte der Weg in eine Richtung gehen, dass verschiedene Konzeptionen in einer Kommune möglich sind. Dabei ist dann auch zu berücksichtigen, dass die meisten freien Träger nicht nach einer (reinen) offenen Konzeption arbeiten. Von dem jetzt beschlossenen Weg versprechen wir uns, dass alle Beteiligten dazu lernen und wir insgesamt für Leverkusen zu einer guten Lösung kommen. Wir tendieren zu einer breiten konzeptionellen Angebotspalette, in der ggf. auch Mischformen möglich sind.

#### Zu 6.:

Die problematische Situation hinsichtlich des Angebots von Kitaplätzen und der Gewinnung von Personal existiert in vielen Kommunen im Land Nordrhein-Westfalen. Dies zeigt, dass die aktuelle und zukünftige Landesregierung und alle weiteren Beteiligten gefordert sind (u.a. Förderprogramme für den Neu- und Ersatzbau von Kindertageseinrichtungen zu schaffen und an der Verbesserung der Rahmenbedingungen für Ausbildung und Ausübung im Erzieherbereich mitzuwirken).

Zu 7: Die Verwaltung hat ihre Bemühungen bereits verstärkt. Dieses gilt es zu optimieren.

gez. Stefan Hebbel, CDU

gez. Stefan Baake, Bündnis 90/Die Grünen

gez. Opladen plus